

22. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

3. März 1948.

186/J

A n f r a g e

der Abg. P r o b s t, K y s e l a, B r a c h m a n n, M a r c h n e r, H o r n,
R o s e n b e r g e r und Genossen.

an den Bundesminister für Finanzen,

betreffend Auszahlung der Dollarguthaben an ehemalige Kriegsgefangene.

-.-.-.-

Nach Bekanntwerden des Währungsschutzgesetzes wurden an Kriegsgefangene Dollarguthaben in Schilling ausgezahlt und die Betroffenen damit der Gefahr einer Abwertung ausgesetzt. Es gelang schliesslich, das Finanzministerium zu überzeugen, dass ein derartiges Vorgehen unmöglich sei, und es wurden die bereits ausbezahlten Schillingbeträge wieder zurückgenommen.

Den gefertigten Abgeordneten werden in Versammlungen und Zuschriften fortgesetzt Klagen vorgebracht, dass nunmehr die Schillingbeträge, selbst wenn sie von den Inhabern von Dollarguthaben angefordert werden, nicht ausbezahlt werden. Die Betroffenen benötigen teilweise dringend ihre Ersparnisse und sind darüber mit Recht ungehalten, dass die Österreichische Nationalbank, die ja einen günstigen Umrechnungskurs berechnet, nicht einmal den darauf entfallenden Schillingbetrag auszahlt.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister bereit, die Nationalbank aufzufordern, den ehemaligen Kriegsgefangenen, die Inhaber von Dollarguthaben sind, nunmehr die Schillingbeträge ungesäumt zu überweisen?

-.-.-.-